



29.05.2026

Antrag an das österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 25.06.2026, betreffend

ERNEUERBARE AUSBAUEN UND ENERGIEUNABHÄNGIGKEIT STÄRKEN – LÜCKE ZWISCHEN ZIELEN UND UMSETZUNG SCHLIESSEN

Begründung:

Der aktuelle Krieg im Iran und die daraus folgenden Lieferengpässe zeigen uns erneut, dass uns nur der umgehende Ausbau von Erneuerbaren Energien unabhängig von autoritären Regimen, weltpolitischen Konflikten und willkürlichen politischen Entscheidungen anderer Nationen machen kann. Im Grunde hätten schon die energiepolitischen Verwerfungen nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Weckruf genug sein müssen, um einen konsequenten Pfad zur Beschleunigung der Anstrengungen im Bereich der Energiewende zu verfolgen. Dass die aktuelle Bundesregierung genau in diesem Bereich Einschnitte beschlossen hat, kommt uns jetzt teuer zu stehen.

So zeigt auch der aktuelle Bericht der International Energy Agency (IEA) zur österreichischen Energiepolitik¹ eindringlich, dass Österreich beim Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere der Windkraft – nicht im erforderlichen Tempo voranschreitet. Zwar hat Österreich laut IEA u.a. aufgrund des frühen Ausbaus von Wasserkraft im Vergleich zu anderen Ländern eine gute Ausgangslage, doch braucht es, um die nationalen und internationalen Klimaziele zu erreichen, deutlich mehr Ambition.

Die IEA warnt, dass Österreich seine Ausbauziele bis 2030 verfehlen wird. Hauptursachen sind uneinheitliche Regelungen zwischen den Bundesländern, mangelnde

¹ <https://www.iea.org/reports/austria-2026>

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Netzkapazitäten und fehlende Planungssicherheit für Investoren. Besonders eindringlich verweist die IEA aber auf den viel zu schleppend verlaufenden Ausbau von Windenergie. Ohne die gerade für die Nachtstunden und Wintermonate so dringend notwendige Windenergie werden wir unsere hohe Importabhängigkeit nicht überwinden und mit steigenden Energiekosten und Wettbewerbsnachteilen für den Wirtschaftsstandort konfrontiert sein.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien und vor allem heimischer Windenergie ist demnach nicht nur eine klimapolitische, sondern vor allem eine wirtschafts- und sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament beauftragt das Präsidium der WKÖ, sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Lücke zwischen Ausbauzielen im Bereich der Erneuerbaren Energien und der realen Umsetzung zu schließen. Dafür sollen, wie von der International Energy Agency eingefordert, vor allem Projekte im Bereich der Windkraft deutlich ambitionierter in Umsetzung gebracht werden.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

August Lechner

Christine Seemann

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Rita Newman